

# **Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen am 14./15. November 2009 in Osnabrück**

---

## **Dem alltäglichen Rassismus offensiv entgegen treten!**

Im Juni 2009 besuchte der Sonderberichterstatter zu Rassismus der Vereinten Nationen Githu Muigai Deutschland und bemängelte bei Politik und Gesellschaft Defizite im Kampf gegen den Alltagsrassismus. So werde in Deutschland immer noch Rassismus mit Rechtsextremismus gleichgesetzt und damit nicht ausreichend wahrgenommen.

Viele Menschen denken bei den Worten „Rassismus“ und „Vorurteile“ sofort an Rechtsextremismus und Neonazis. Doch Nazis und ihre Gewalt bilden nur die Spitze des Eisbergs eines alltäglichen Rassismus. Nazis sind das eine Problem, dem wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN offensiv entgegengetreten wollen. Ein anderes ist der Alltagsrassismus und der institutionelle Rassismus in Deutschland. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN versteht sich als anti-rassistische Partei. Das heißt nicht nur, dass wir uns Nazis offensiv entgegenstellen und Nazi-Aufmärsche blockieren, sondern auch, dass wir unsere eigenen Vorurteile und Stereotype reflektieren und bekämpfen.

Rassismus fängt da an, wo Schwarze ständig und generell als „Afrikaner“ bezeichnet werden und nimmt noch lange kein Ende, wenn *People of Color* an Bahnhöfen oftmals als Einzige in die Personenkontrollen der Polizei geraten. Politik kann die Jahrzehnte lange Prägung in einer weißen Mehrheitsgesellschaft nicht einfach wegbeschließen. Sie kann aber sehr wohl Strukturen schaffen, in denen sich rassistische Bilder schwieriger in den Köpfen der Menschen vermehren. In diesem Sinne verstehen wir folgende Forderungen.

### **Wir fordern, dass Rassismus künftig beim Namen genannt und aktiv bekämpft wird!**

ENAR, das Europäische Netzwerk gegen Rassismus, hat in seinem Schattenbericht zu Rassismus in den Mitgliedstaaten der EU zu Deutschland festgestellt: „Deutschland erhält viel Lob für die gute Datensammlung im Bereich rechtsextremer Gruppen, Volksverhetzung und verfassungsfeindlicher Bestrebungen, aber rassistische Akte von Nicht-Extremen werden kaum erfasst.“ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schließt sich der Forderung von ENAR an, eine unabhängige Stelle zur Überwachung rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Bewegungen und Entwicklungen in Deutschland einzurichten.

### **Wir fordern Diversity bei der Polizei, in Medien und in Bildungseinrichtungen!**

*Diversity* ist ein Ausdruck, der die Zusammensetzung einer Gesellschaft beschreibt, die „nicht homogen“ ist – wenn also Homo- und Heterosexuelle, Frauen und Männer, *People of Color* und Weiße möglichst gleichberechtigt vorhanden sind. Das Wort „divers“ auf Menschen bezüglich ihres Aussehens, des Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung anzuwenden, ist zwar bereits ungenau, da all diese Faktoren ja eigentlich wenig darüber sagen, ob diese Menschen wirklich „unterschiedlich“ sind. Das Konzept ist aber trotzdem richtig und wichtig. Schwarze teilen, im Gegensatz zu Weißen in der

weißen Mehrheitsgesellschaft, zumindest den gemeinsamen Erfahrungswert des alltäglich erlebten Rassismus. WissenschaftlerInnen, wie Wilhelm Heitmeyer vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung in Bielefeld betonen, dass von homogenen Gruppen weit mehr Gefahr ausgeht, als von heterogenen Gruppen. (vgl. Noah Sow in „Deutschland Schwarz Weiß“) Um Institutionen vor diesen Mechanismen zu schützen, fordert BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsens Polizei, Bildungseinrichtungen, Medien und andere Unternehmen dazu auf, bei ihrer Personalauswahl *Diversity*-Konzepte zu berücksichtigen. *Diversity* allein schützt aber noch nicht vor institutionellem Rassismus. Wir fordern deshalb regelmäßiges, verpflichtendes Antirassismus-Training für Polizistinnen und Polizisten, sowie für Lehrerinnen und Lehrer.

### **Wir fordern den Einsatz eines antirassistischen Medienrates!**

Medien haben eine besondere Verantwortung. In der von Medien benutzten Sprache sowie produzierten Bildern werden Vorurteile und Stereotype einer Gesellschaft manifestiert. Wir fordern den Einsatz eines unabhängigen, antirassistischen Medienrates, der Leitlinien einer antirassistischen Berichterstattung erarbeitet und JournalistInnen auf stereotype, rassistische Berichterstattung aufmerksam macht.

### **Wir fordern das sofortige Verbot von *Racial Profiling* in Deutschland!**

*Racial Profiling* nennt man die polizeiliche Fahndungstechnik, die der Polizei erlaubt, „verdachtsunabhängige Personenkontrollen“ durchzuführen. Jeder kennt die Szenen, in denen am Hauptbahnhof Schwarze ins Visier der Polizei geraten, während Weiße, die ja ebenso VerbrecherInnen aus dem In- und Ausland sein könnten, in der Regel unbehelligt bleiben. In vielen Ländern der Welt wurde *Racial Profiling* inzwischen abgeschafft. In Deutschland jedoch werden mit dieser Technik weiterhin für nicht-weiße Personen grundsätzliche BürgerInnenrechte eingeschränkt. Wir fordern das sofortige Verbot von *Racial Profiling* in Deutschland und überall.

### **Wir fangen bei uns selbst an: regelmäßige Bildungsarbeit gegen Rassismus**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat als Partei und somit politischer Akteur eine besondere Verantwortung bei der Bekämpfung von Rassismus. Bei zukünftigen Kampagnen zur Mitglieder-Werbung sollen Konzepte zur Förderung von *Diversity* noch stärker mitgedacht werden. Zudem wollen wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN regelmäßige Antirassismus-Trainings und regelmäßige Bildungsarbeit zum Thema „Alltäglichen Rassismus“ durchführen. Wir stellen uns offensiv der Aufgabe, eigene Vorurteile und Stereotype zu reflektieren und zu bekämpfen.